

# Gymnasium

## Aktuell

### Personalräte: Widerstand gegen Arbeitszeiterhöhung geht weiter

Über 200 Personalräte von niedersächsischen Gymnasien haben auf ihrer zweiten landesweiten Tagung am 13. März in Hannover erneut scharfe Kritik an der Arbeitszeiterhöhung der Landesregierung geübt und die Fortdauer eines entschiedenen Widerstandes dagegen beschlossen. Im Hinblick auf die Schulgesetznovelle forderten die Personalräte ferner eine „echte Bestandsgarantie“ für die Gymnasien.

„Das Aussetzen der Schulfahrten ist eine Reaktion auf die wortbrüchigen Maßnahmen der rot-grünen Landesregierung und wird, wenn die Landesregierung ihre Maßnahmen nicht vorher zurücknimmt, bis zum Ende der Legislaturperiode 2017/18 gelten“, heißt es in der vom Plenum der Personalräte einstimmig beschlossenen Resolution.

Darin bezeichnen die Personalräte das sog. 10-Punkte-„Entlastungspaket“ der Kultusministerin als eine „populistische Desinformation“. Sie stellen fest, dass die Arbeitszeiterhöhung für Gymnasiallehrer und die Streichung der Altersermäßigung einer Gehaltskürzung von bis zu acht Prozent entsprechen. Durch die wortbrüchige Arbeitszeiterhöhung seien die Lehrkräfte um die fest zugesagte Rückvergütung ihres Arbeitszeitkontos zur Hälfte, teilweise sogar in voller Höhe geprellt worden.

Im Übrigen sei es falsch, wenn in bestimmten Verlautbarungen immer wieder von einem „Boycott“ von Schulfahrten gesprochen werde. Diese Leistungen seien nach Erlasslage freiwillig und könnten somit nicht boykottiert werden, sie seien vielmehr nur ausgesetzt.



Über 200 Personalräte aus den niedersächsischen Gymnasien forderten in einer einstimmig verabschiedeten Resolution die rot-grüne Landesregierung erneut auf, die willkürliche und wortbrüchige Arbeitszeiterhöhung zurückzunehmen.

Die Personalräte fordern von Landesregierung, Kultusministerin und den rot-grünen Abgeordneten insbesondere:

- ▶ Nehmen Sie die ungerechtfertigte Erhöhung der Regelstundenzahl am Gymnasium jetzt zurück.
- ▶ Stehen Sie zu Ihren Zusagen und setzen Sie für alle Schulformen sofort die zugesicherte Altersermäßigung um.
- ▶ Lassen Sie endlich eine Untersuchung zur Arbeitszeit von Lehrkräften von einem unabhängigen wissenschaftlichen Institut durchführen.
- ▶ Stellen Sie junge Nachwuchslehrkräfte ein, anstatt Neueinstellungen durch eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zu verhindern.
- ▶ Folgen Sie den eindringlichen Forderungen des Landesrechnungshofes nach tragfähigen und nachhaltigen Entlastungen und wirksamen Altersteilzeitmodellen.

- ▶ Geben Sie den Gymnasien nicht nur eine unverbindliche, sondern eine echte Bestandsgarantie.
- ▶ Gewähren Sie den Lehrkräften an Gymnasien eine angemessene Anrechnung für die vielfältigen pädagogischen und Verwaltungsaufgaben.

Bei der nach Diskussion und Verabschiedung der Resolution stattfindenden Podiumsdiskussion hatten die Vertreter von SPD und Grünen in einer emotional aufgeladenen Atmosphäre den verdient schweren Stand. Sie dürften einmal mehr die Erkenntnis mitgenommen haben, dass ihre willkürliche und wortbrüchige Arbeitszeiterhöhung ein kapitaler politischer Fehler mit Langzeitfolgen ist. Die Vernunft gebietet eigentlich, solche Fehlentscheidungen zu korrigieren. Aber davon ist man bei Rot-Grün weit entfernt.

## Feindbild Gymnasium

# Grüne Fraktionsvorsitzende: „An den Gymnasien rotten sich Unternehmerkinder zusammen“

Wenn der bildungspolitische Sprecher der Grünen, Heiner Scholing, in der breiten Öffentlichkeit über das rot-grüne Schulgesetz spricht, betont er stets, dass die Gymnasien keineswegs gefährdet seien, vielmehr einen wichtigen Faktor in der Bildungslandschaft darstellten.

Sind die Grünen unter sich, lassen sie allerdings die Maske einer gemäßigten Haltung fallen. So geschehen jetzt wieder auf einer Kreismitgliederversammlung der Partei in Hameln, als dort über die eigene Position zur Schulentwicklung diskutiert wurde. Über den dortigen Auftritt von Anja Piel – nicht irgendwer, sondern Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag – berichtet die Deister-Weser-Zeitung vom 14. März 2015:

*„Anja Piel...ließ es während der Mitgliederversammlung der Grünen... nicht an klaren Worten fehlen, als es um die Zukunft der Schulentwicklung im Landkreis und insbesondere um die der integrierten Gesamtschulen ging. „Eltern mit hohem Einkommen wollen ihre Kinder immer noch von den Schmuttelkindern fernhalten.“ Kinder aus einkommensschwachen Familien müssten die gleichen Bildungschancen erhalten wie die Unternehmerkinder, „die sich jetzt an den Gymnasien zusammenrotten.“ Und Rainer Sagawe, streitbarer Hamelner Ratsherr der Grünen, setzte mit der Behauptung vom „Klassenkampf um die Bildung“ noch eins drauf...“*

### Aus der Presseerklärung des Philologenverbandes Niedersachsen:

„Solche ebenso grotesk unwahren wie verleumderischen Äußerungen sind von Hass gegen die in der Bevölkerung beliebte und erfolgreiche Schulform Gymnasium geprägt. Wer das Gymnasium als die Schule für Kinder reicher Eltern wahrnimmt oder als Schule für Unternehmerkinder beschimpft, hat jeden Bezug zur Realität der heutigen Schule verloren. Da paart sich pure Ideologie mit totaler Faktenignoranz...“

Die antigymnasialen Tiraden der grünen Fraktionsvorsitzenden schlugen hohe Wellen in ganz Niedersachsen. Die HAZ,

auflagenstärkste Zeitung in Niedersachsen, machte das Thema zum Hauptartikel auf Seite 1. Mit dem Philologenverband kritisierte auch der Verband der Elternräte Piel's Äußerungen scharf: „Auf den Gymnasien gibt es Kinder aus allen sozialen Schichten, auch Migranten. Die Vorstellung, dass sich am Gymnasium eine elitäre Schülerschaft zusammenrottet, ist menschenverachtend und herabwürdigend.“ In gleicher Weise äußerte sich auch die Niedersächsische Direktorenvereinigung: „Die gewählte Diktion enthüllt ... eine erschreckend menschenverachtende Haltung, die der zugrundeliegenden klassenkämpferischen Attitüde entspricht... Mit wünschenswerter Deutlichkeit allerdings hat Frau Piel auf diese Weise für alle Wählerinnen und Wähler das wahre bildungspolitische Ziel von Bündnis 90/Die Grünen zu erkennen gegeben: die Abschaffung des Gymnasiums.“ In Hameln selbst haben sich zahlreiche Eltern und Lehrkräfte gegen die Hetze der grünen Fraktionsvorsitzenden in Leserbriefen zur Wehr gesetzt.

Als das Ausmaß des politischen Schadens, den die grüne Spitzenpolitikerin mit ihren Beschimpfungen angerichtet hatte, immer deutlicher wurde, rang sie sich eine Entschuldigung ab: Die Grünen wollten nur die „Diskriminierung“ der Gesamt-

### Aus einem Leserbrief von Lehrkräften an die DWZ, Hameln

„Am Gymnasium rotten sich nicht die Kinder der Oberschicht zusammen, sondern intelligente, lernbereite Kinder aus allen Schichten, die wie ihre Eltern nach Bildung streben... Dass die Einheitsschule nicht zu mehr, sondern zu weniger Bildungsgerechtigkeit führt, können die rot-grünen Politiker bei einem Blick über die Grenzen erkennen. In Großbritannien besuchen die Kinder der „Upper Class“ bekanntlich nicht die Comprehensive School, sondern teure Privatschulen. Und in Frankreich schicken diejenigen, die es sich leisten können... ihre Kinder auf meist katholische Privatschulen... Wollen die Grünen solche Verhältnisse auch in Deutschland?“

schulen gegenüber den Gymnasien beenden, nicht aber die Gymnasien abschaffen.

Ein halbwegs informierter Mensch wird ihr das allerdings niemals glauben. Programmatisch haben sich die Grünen schon immer deutlich für die Zwangs-Gesamtschule für alle ausgesprochen, so wie z.B. im Landtagswahlprogramm 2013. Und: Wer so redet wie Frau Piel, will nur eines: die Zerschlagung aller Gymnasien. Wer sich über die schulpolitische Ausrichtung der Grünen jetzt noch Illusionen macht, dem ist nicht zu helfen.

## Schulische Vielfalt in Gefahr!



# Gymnasien werden „ausgetrocknet“

## Nur 70 neue Stellen zum kommenden Schuljahr

Von den 1500 Lehrerstellen, die zum 1.8. dieses Jahres ausgeschrieben werden, erhalten die 257 Gymnasien ganze 70 Stellen. Die Zahl der gleichzeitig ausscheidenden Lehrkräfte beträgt etwa das Drei- bis Vierfache. Damit setzt sich der seit der Regierungsübernahme von Rot-Grün 2013 anhaltende Trend fort, den Gymnasien immer weniger junge Nachwuchslehrkräfte zuzuweisen. Während etwa von 2008 bis 2012 zum Augusttermin im Durchschnitt 600 neue Lehrkräfte an Gymnasien eingestellt wurden, waren es zu Schuljahresbeginn 2013 noch 225 und 2014 noch 170.

### Viele Absolventen ohne Stelle

Noch ist nicht bekannt, wie viele der für die Gesamtschulen vorgesehenen 370 Stellen für Gymnasiallehrer ausgeschrieben werden. Allerdings ist jetzt schon klar, dass mindestens 60 Prozent der

Absolventen der niedersächsischen Studienseminare für das Lehramt an Gymnasien keine Chance auf Beschäftigung in ihrem angestrebten Beruf bekommen werden, zumal noch Altbewerber und Bewerber aus anderen Bundesländern als Konkurrenten um die wenigen Plätze auftreten.

### Rot-grüne Arbeitszeiterhöhung vernichtet Einstellungschancen

Hauptgrund für die geringe Zahl der Neueinstellungen an Gymnasien ist die rot-grüne Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zum 1.8.2014 und die Verweigerung der fest zugesagten Altersermäßigung um eine Stunde ab dem 55. Lebensjahr. Dadurch wurden an den Gymnasien insgesamt mehr als 1000 Stellen „eingespart“ und eine entsprechende Zahl junger Lehrkräfte um ihre Berufs- und damit Lebenschancen

gebracht. Der soziale Aspekt dieser Arbeitsplatzvernichtung spielt für die politisch dafür Verantwortlichen, die sich sonst so gern als soziale Wohltäter darstellen, offensichtlich keine Rolle.

### PhVN kämpft mit Arbeitszeitklage auch für Einstellungschancen

Den Gymnasien werden die Nachwuchslehrkräfte mit ihren neuen pädagogischen Impulsen zweifellos fehlen. Das könnte durchaus ein politisch nicht unwillkommener Nebeneffekt sein. Allerdings ist das letzte Wort dazu noch nicht gesprochen. Voraussichtlich im Sommer entscheidet das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg über die Arbeitszeitklage des Philologenverbandes. Kippt das Gericht die willkürliche Arbeitszeiterhöhung, müsste das Land eine erhebliche Zahl zusätzlicher Lehrkräfte an Gymnasien einstellen. So ist der Kampf um eine gerechte Arbeitszeitregelung auch ein Kampf um mehr Arbeitsplätze für viele junge Pädagogen und letztlich um eine bessere Zukunft für die Gymnasien und ihre Schüler.

## Das Abordnungskarussell beginnt sich zu drehen

Die „Segnungen“ der Politik unserer Kultusministerin werden für jeden von uns immer spürbarer. Die wortbrüchige Arbeitszeiterhöhung steigert nicht nur die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und senkt drastisch die Einstellungschancen für junge Lehrkräfte. Sie schafft auch rein statistisch eine personelle „Übersversorgung“ an zahlreichen Gymnasien, die zunehmend durch Abordnungen und Versetzungen abgebaut wird.

### Abordnungen auch an andere Schulformen

Auf eine Landtagsanfrage der FDP hin musste die Kultusministerin konkrete Zahlen hierzu nennen: Danach waren zum Stichtag 22.9.2014 339 Lehrerinnen und Lehrer von Gymnasien an andere Schulen abgeordnet, 204 davon an andere Gymnasien, aber immerhin 135 an andere Schulformen, überwiegend an Oberschulen und Gesamtschulen, aber auch an Realschulen, Hauptschulen, ja sogar an Grund- und Förderschulen. Aus der vom MK vorgelegten Statistik wird auch deutlich, dass die Abordnung nicht selten mit längeren Wegen zum neuen oder zusätzlichen Dienort verbunden ist.

Seit dem 1.2.2015 wird auch gegen den Willen der Betroffenen abgeordnet – sanfter Druck war schon vorher nicht unüblich. Die Bezirkspersonalräte des Philologenverbandes berichten von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, denen eine Zwangsabordnung droht, nicht selten an eine andere Schulform, auch mit fachfremdem Unterricht.

### Bei Schließung von Gymnasien drohen Massenversetzungen

Wenn das rot-grüne Schulgesetz zum 1.8.2015 Wirklichkeit werden sollte, wird die IGS „ersetzende Schulform“. Sie kann dann nicht nur Haupt- und Realschulen sowie Oberschulen „ersetzen“, sondern auch Kooperative Gesamtschulen und Gymnasien. So können dann auch ganze Gymnasien geschlossen werden. Die sog. „Bestandsgarantie“ mit einer Fahrtzeit für Schüler (und Lehrer) von über zwei Stunden täglich ist unzumutbar – und zudem noch eine Mogelpackung, denn sie gilt nur „zum Zeitpunkt der Einrichtung“ einer Gesamtschule – wenn die Gesamtschule erst einmal da ist, gilt sie nicht mehr. Nicht einmal in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt muss nach Schulgesetznovelle noch ein Gymnasium vorgehalten werden.

So werden nicht nur Abordnungen, sondern auch dauerhafte Versetzungen von den Gymnasien an andere Schulformen in großem Stil fällig.

### Abordnungen oder Versetzungen bedeuten:

- ▶ Einsatz in Schulformen und Fächern, für die Sie nicht ausgebildet sind
- ▶ weiter erhöhte Arbeitsbelastung bei Einsatz an mehreren Schulen
- ▶ möglicherweise weite Wege zum neuen oder zusätzlichen Dienort

### Wie können wir uns dagegen wehren?

- ▶ Der Philologenverband kämpft weiter gegen die willkürliche Arbeitszeiterhöhung.
- ▶ Der Philologenverband kämpft weiter gegen alle Bestimmungen der Schulgesetznovelle, die auf eine Zerstörung und Abschaffung der Gymnasien abzielen.
- ▶ Unsere Bezirkspersonalräte beraten Sie gern über die rechtlichen Grenzen eines fach- und schulformfremden Einsatzes und nutzen ihre Einspruchsrechte im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Die Kontaktadressen finden Sie auf unserer Homepage unter [www.phvn.de](http://www.phvn.de)

# GEW-Führung: Gleichmacherei statt Arbeitszeitgerechtigkeit

## Rüde Maßregelung eines kritischen Mitglieds

Eigentlich müsste man der GEW-Führung dankbar sein für ihre Offenheit. Für ihre Offenheit etwa, mit der sie sich in ihrer Stellungnahme zur Schulgesetznovelle zur Abschaffung des Gymnasiums bekennt, indem sie für diese Schulform den gleichen Bildungsauftrag wie für Haupt- und Realschulen fordert und das Gymnasium damit überflüssig machen will und indem sie auch den letzten kleinsten Rest an „Bestandsgarantie“ für das Gymnasium in der Schulgesetznovelle gestrichen wissen will.

### GEW-Mitglied weist auf den Unterschied zwischen Unterrichtsverpflichtung und Arbeitszeit hin

Die gleiche dankenswerte Offenheit zeigte der GEW-Vorsitzende jetzt in einer Antwort auf den Brief eines GEW-Kollegen, der an der Position seiner Gewerkschaft zur Arbeitszeit der Lehrkräfte Kritik geübt hatte. Der Vorstand müsse „endlich den Unterschied zwischen Arbeitszeit und Unterrichtsverpflichtung begreifen“, schreibt das GEW-Mitglied in der GEW-Zeitung EuW 2/2015 und fährt fort: „Höhere Zahl an Unterrichtsstunden = längere Arbeitszeit ist für unterschiedliche Schulformen UNZULÄSSIG! Also: 28 Wochenstunden an den Grundschulen ergeben eine höhere Arbeitszeit als die Deputate an anderen Schulformen ist FALSCH!“ Das sei in so vielen wissenschaftlichen Untersuchungen nachgewiesen worden, „dass auch der niedersächsische GEW-Vorstand es mittlerweile zur Kenntnis nehmen könnte. Sonst muss man wohl von einer Realitätsverweigerungshaltung ausgehen.“

### GEW-Vorsitzender: „Dumme Sprüche“

Für den GEW-Vorsitzenden Brandt war das zuviel an Realität. „Was willst du eigentlich?“ fährt er in seiner ebenfalls in EuW abgedruckten Antwort den Kollegen an. „Was machst du in deinem Leserbrief mit dummen Sprüchen den Oberlehrer?“ geht es in diesem rüden Ton weiter – eine typische Reaktion von jemandem, dem keine Argumente zur Verfügung stehen. Dementsprechend geht Brandt auch mit keinem Wort auf

die sachlich vollkommen zutreffende Argumentation des Leserbriefschreibers ein, sondern schwadroniert von der Trennung von niedriger und höherer Bildung im 19. Jahrhundert und von der „diskriminierenden Spaltung der Beschäftigten im Bildungssystem.“

### GEW: Unterrichtsverpflichtung soll für alle Schulformen gleich sein

Die logische Schlussfolgerung aus dieser Reaktion lautet: Alle sind „gleich“ – also müssen alle Lehrer die gleiche Unterrichtsverpflichtung haben, egal, wie unterschiedlich die tatsächliche Belastung auch sein mag. In ihrer Presseerklärung vom 6.12.2012 fordert die GEW dementsprechend: „Ziel sind 23,5 Wochenstunden für alle Schulformen.“ Lediglich für „große Kurse“ in der gymnasialen Oberstufe solle es Entlastungsstunden geben – wie viele, wird nicht gesagt.

Solche Forderungen haben mit Arbeitszeitgerechtigkeit nichts zu tun. Sie zeigen nur einmal mehr, dass die Gymnasiallehrkräfte in der GEW mit einem Mitgliederanteil von nur etwa acht Prozent keine Chance haben, ihre berechtigten beruflichen Interessen sachangemessen zur Geltung zu bringen. Im Übrigen fragt man sich auch: Warum setzt die GEW-Führung eine Arbeitszeitermittlung an verschiedenen Schulformen in Gang, wenn sie schon vorher davon ausgeht, dass alle die gleiche Arbeitsbelastung haben? Soll diese „Untersuchung“ so durchgeführt werden, dass sie womöglich Material für diese These liefert? Misstrauen ist jedenfalls dringend angebracht.

### Philologenverband: Arbeitszeitgerechtigkeit statt Gleichmacherei

Festzuhalten ist: Alle bisherigen empirisch-wissenschaftlichen Untersuchungen unabhängiger Institute sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die tatsächliche Arbeitszeit der Lehrkräfte an Gymnasien im Vergleich zu anderen Schulformen trotz geringerer Unterrichtsverpflichtung am höchsten ist – eine realistische Einschätzung, der wir uns nur in vollem Umfang anschließen können. Dies

bedeutet keine Abwertung der Tätigkeit der Lehrkräfte an anderen Schulformen, ist aber eben eine Tatsache, die zu leugnen Realitätsverweigerung bedeutet.

Festzuhalten ist auch: Die Arbeitsbelastung und damit die Arbeitszeit aller Lehrkräfte hat sich in den letzten zehn Jahren drastisch erhöht; sie liegt erheblich über der für den öffentlichen Dienst geltenden 40-Stunden-Woche. Die verantwortlichen Politiker ziehen nicht nur keine Konsequenz aus diesem Faktum, sondern satteln immer noch weiter drauf.

Die gesamte Entwicklung zeigt eines in aller Deutlichkeit: Wir brauchen endlich eine neue wissenschaftliche, von einem unabhängigen Institut durchgeführte Untersuchung zur Lehrerarbeitszeit der Lehrer aller Schulformen, die die tatsächlichen Arbeitsbelastungen in vollem Umfang darstellt und zudem die arbeitsrechtlichen Vorgaben uneingeschränkt berücksichtigt; denn ansonsten erfahren Lehrkräfte weiterhin nicht die Arbeitszeitgerechtigkeit, auf die sie uneingeschränkten Anspruch haben. Es spricht für sich selbst, dass sich Rot-Grün beharrlich weigert, eine solche Untersuchung in Auftrag zu geben.

## Gerichtsurteil zur Arbeitszeit rückt näher

Zur Normenkontrollklage von mehreren Lehrkräften und Schulleitern im Rechtsschutz des Philologenverbandes in Sachen Arbeitszeiterhöhung gegen das Land Niedersachsen hat das Obergericht Lüneburg für Juni einen Termin für eine mündliche Anhörung festgesetzt.

Das Kultusministerium hatte die Frist für seine Stellungnahme zur Klageschrift um mehr als das Doppelte überzogen. Offensichtlich fiel es den Juristen im MK schwer, Argumente für die Position der Landesregierung zu finden. Anschließend hatte der PhVN nochmals Gelegenheit, auf die Einlassungen des MK einzugehen.

Ob das Gericht direkt nach der Anhörung entscheidet, ist eher unwahrscheinlich. Allerdings könnte bereits eine Tendenz sichtbar werden. Die endgültige Entscheidung dürfte dann nicht mehr lange auf sich warten lassen.